



Interviews

Datum: 08. März 2023

Maria Grunwald im Gespräch mit Michael Werz, Center for American Progress

Maria Grunwald: Mitgehört hat Michael Werz. Der Politikwissenschaftler ist Senior Fellow am Center for American Progress, einem Think Tank, der von ehemaligen hohen Funktionären der Clinton-Regierung – also eher demokratisch – gegründet wurde. Michael Werz lebt und arbeitet in Washington DC und ist außerdem Berater der Münchner Sicherheitskonferenz. – Bei mir guten Morgen; bei Ihnen wegen der Zeitverschiebung guten Abend, Herr Werz.

Michael Werz: Guten Morgen, Frau Grunwald.

Grunwald: Herr Werz, wie entscheidend ist diese Rede zur Lage der Nation von Biden jetzt im Wahljahr wirklich?

Wertz: Es ist eine wichtige Rede. Das hat man auch daran gesehen, dass insbesondere der Auftakt seiner „State of the Union“, der Rede zur Lage der Nation sehr viel politischer war, als das gewöhnlich der Fall ist, eine Äußerung vom Präsidenten, die schon auf die Fragen der Wiederwahl im November blicken lässt. Man muss auch sehen, dass im Abgeordnetenhaus insbesondere auf republikanischer Seite eine sehr aggressive Stimmung herrschte. Der Sprecher der republikanischen Kongressfraktion, Johnson, hatte ja versucht, seine eigenen Leute auf ein Mindestmaß an Deckung zu verpflichten. Das hat nicht immer funktioniert und insofern war das für den Präsidenten eigentlich ein ganz gutes Forum, weil er dort auch in den Auseinandersetzungen beweisen konnte, dass er noch einigermaßen gut drauf ist.

Grunwald: Herr Werz, jetzt haben Sie und ich letzten April miteinander gesprochen, als Biden seine Kandidatur ankündigte, und da sagten Sie, er hätte durchaus eine erfolgreiche Politik gemacht, etwa enorme Summen in die Hand genommen, um in die Infrastruktur des Landes zu investieren, oder das gewaltige Subventionsprogramm für Investitionen in E-Mobilität, erneuerbare Energien, nachhaltige Technologien. Aber er hat das nicht als Erfolg verkaufen können, haben Sie damals gesagt. Hat er es denn jetzt besser gemacht? Konnte er jetzt seine Politik erfolgreich verkaufen?

Wertz: Das hat einen großen Teil dieser Rede eingenommen. Er hat gesagt, das ist eine starke Ökonomie. Er hat versucht zu betonen, dass die Zukunftsaussichten gar nicht so schlecht sind für die USA und die Arbeitslosigkeit auf einem 50-Jahres-Tief liegt. Aber es gibt in der amerikanischen Gesellschaft nach wie vor das Problem, dass zwar zwei Drittel bis drei Viertel der Amerikanerinnen und Amerikaner die Gesetze, die Investitionen und auch die ökonomischen Anschläge, die der Präsident versucht hat, auf den Weg zu bringen in den vergangenen Jahren, unterstützen, dass aber weniger als 40 Prozent bereit sind, ihm dafür Kredit zu geben. Es gibt eine so starke Trennung zwischen der gelebten Wirklichkeit der Menschen in den Vereinigten Staaten und den politischen Weltanschauungen, dass es – und wir kennen diese Probleme ja auch aus Europa – sehr schwierig ist für Politiker, dafür nun auch

den entsprechenden Kredit zu bekommen, wenn politische Maßnahmen gut gelaufen sind. Er hat das versucht, in der Rede sehr stark zu forcieren, aber gleichzeitig auch einen Gutteil darauf verwendet, einen starken Kontrast mit seinem Gegenkandidaten Donald Trump zu forcieren und in den Vordergrund zu stellen, und insofern war das eine gemischte Strategie des Weißen Hauses in dieser „State of the Union“, und was aus dem Weißen Haus zu hören ist, ist die Einschätzung, dass das im Großen und Ganzen auch aufgegangen ist.

Grunwald: Wie angriffslustig war Biden gegenüber Trump, gegenüber der gegnerischen Seite, wo Sie ja klar sagen, da musste er Kante zeigen, da musste er sein eigenes Profil herausarbeiten?

Wertz: Er hat 13mal seinen Vorgänger erwähnt, ohne ihn beim Namen zu nennen. Das ist rekordverdächtig. Und auch der Dreischlag, mit dem er die Rede eröffnet hat, Unterstützung der Ukraine, ein direkter Übergang zum Sturm auf das Kapitol am 6. Januar, die Frage der Verteidigung der Demokratie im Ausland, aber auch in der eigenen Gesellschaft, und dann der dritte Punkt – ganz wichtig auch für seine Wiederwahl – Frauenrechte, Abtreibung als zentrales Wahlthema mit dem Argument, Amerika kann in keinem dieser Bereiche, weder wenn es um die internationalen Allianzen, noch die Verteidigung der Verfassungstradition im eigenen Land, noch die Frauenrechte geht, zurücktreten, sondern muss sich gegen diese konservativen Versuche der Einschränkung dieser Rechte und der Allianzverpflichtungen wehren, das war ein starker Auftakt und er hat versucht, das dann durchzudeklinieren in der Folge seiner ja doch recht langen Rede.

Grunwald: Hat er sich dargestellt als Vertreter der Demokratie und der Freiheit im Kontrast zu Trump?

Wertz: Ja, das ist ja nicht besonders schwer.

Grunwald: Nahostkrieg war auch ein Thema. Biden hat explizit hervorgehoben, dass die USA einen Behelfs-Hafen an der Küste des Gazastreifens einrichten werden, um dort die hungernden Menschen auf dem Seeweg mit Lebensmitteln zu versorgen. Kauft man ihm das als Erfolg ab, wo er doch sehr unter Kritik steht, dass die Vermittlungsversuche, die Krisendiplomatie seiner Regierung im Nahostkrieg so gar nicht vorankommt?

Wertz: Ja, das ist innerhalb der Demokratischen Partei eine ungeheure Gratwanderung. Er hat darauf gehofft, hier einen Friedensschluss beziehungsweise zumindest einen Waffenstillstand verkünden zu können auf dieser Rede. Das hat nicht funktioniert. Das war jetzt eine Behelfslösung, dass das US-Militär versuchen soll, dort im Bereich der humanitären Hilfe aktiv zu werden. Es ist ganz klar, dass er hier mit massivem Gegenwind innerhalb seiner eigenen Partei, insbesondere unter jüngeren Wählerinnen und Wählern zu kämpfen hat. Der Versuch des Präsidenten, das zu kompensieren, lag in seinen sehr passionierten Aussagen für die Einwanderertradition der USA. Er sagte, ich werde Einwanderer nicht verteufeln, Menschen nicht wegen ihres Glaubens die Einreise verweigern, so wie das sein Vorgänger getan hat, und hat sogar den Ku Klux Klan erwähnt, was CNN zufolge in einer „State of the Union“-

Rede noch nie geschehen ist. Hier starke Politikpositionierung, ganz klar auch darauf ausgerichtet, die fehlende Unterstützung, die er in Teilen der Partei hat, in der Palästina-Frage zu kompensieren.

Grunwald: Wie sehr schwächt die stockende Krisendiplomatie in Nahost wie auch die Tatsache, dass Biden und der israelische Ministerpräsident Netanjahu nicht wirklich gut miteinander können, Biden als Präsident, aber auch jetzt als Wahlkämpfer?

Wertz: Als Präsident weniger denn als Wahlkämpfer, weil das vor allen Dingen eine Diskussion ist, die innerhalb der Demokratischen Partei stattfindet, und auch zurecht, weil die Situation in Palästina selbst vollkommen inakzeptabel und unhaltbar ist, und es auch keine mittelfristige Strategie auf keiner Seite gibt, wie sich die Situation lösen lässt. Für den Präsidenten ist es schwierig, weil das Weiße Haus jetzt einen Preis dafür zahlt, dass die bedingungslose Unterstützung Israels ohne eine Reflexion darüber, was amerikanische Interessen in diesem Kontext ausmachen, erfolgt ist und die Auseinandersetzung innerhalb der Demokratischen Partei an Schärfe zugenommen hat. Sie haben ja gesehen, dass es bei den Vorwahlen auch einige Stimmen gegeben hat, die ihn nicht unterstützten wegen dieser Auseinandersetzung.

Die Frage, wie weit das im November tragen wird, muss man sehen. Es ist noch ein gutes halbes Jahr bis dahin.

Grunwald: Schauen wir noch auf einen anderen Konfliktherd. Schauen wir auf die Ukraine. Die USA waren bislang der größte Unterstützer, aber ein weiteres dringend benötigtes Hilfspaket in Milliardenhöhe, 60 Milliarden Dollar, hängt immer noch im US-Kongress fest. Biden möchte das unbedingt gerne loseisen, die Gelder der Ukraine zur Verfügung stellen. Die Republikaner blockieren, fordern im Gegenzug mehr Geld für den Schutz der Grenze zu Mexiko. Wie sehr dominiert dieses Thema im Wahlkampf in den USA, wird es prägen, ist entscheidend?

Wertz: Das ist kein zentrales Thema, so wie das bei außenpolitischen Themen insgesamt ist. Die Schwierigkeit für die Biden-Administration liegt darin, dass es inzwischen zu einem republikanischen Glaubensbekenntnis geworden ist, zumindest unter den Politikerinnen und Politikern, die Ukraine-Unterstützung zu blockieren und zu verhindern, und darum ist es auch zu diesem Junktim, zu dieser Verbindung gekommen, dass die Ukraine-Hilfe nur mit einer massiven Verschärfung des Grenzschutzes und der Einwanderergesetze einhergehen konnte. Die republikanische Parlamentsfraktion ist da in gewisser Weise in eine Falle hineingetappt, weil die Demokraten gesagt haben, wir gehen auf alle diese radikalen Forderungen ein, im Wissen darum, dass es trotzdem für den gegenwärtigen republikanischen Parteiführer im Abgeordnetenhaus schwierig sein würde, dafür eine Mehrheit zu finden. Genauso ist es auch gekommen. Weder die Ukraine-Unterstützung, noch die Veränderung der Grenzgesetzgebung ist durchgestimmt worden. Insofern ist das eine absolute Sackgasse mit keinem Ausblick auf irgendwelche schnellen Veränderungen in den kommenden Wochen.

Grunwald: Da sehen Sie erst mal keine Entwicklung in den kommenden Wochen. Und Sie sagten auch, innenpolitisch interessiert das die Leute in den USA weniger. Aber die Leute in den USA interessiert brennend, wie fit Biden ist. Wie war Ihr Eindruck? Er ist nun mal 81

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Jahre alt. Wie hat er sich geschlagen, wie fit ist er, und trauen Sie ihm diesen Wahlkampf zu? Der wird ja zehren.

Werz: Das sind zwei verschiedene Fragen. Die Rede ist einigermaßen gut gelaufen. Ich glaube, da sind im Weißen Haus jetzt einige einen großen Druck losgeworden und haben erst mal durchgeatmet. Wie das im Wahlkampf funktionieren wird, ist eine ganz andere Frage. Es ist ja so gewesen, dass Joe Biden in gewisser Weise das Glück hatte, während der Covid-Zeit den letzten Wahlkampf zum großen Teil aus seinem Videokeller in seinem Privathaus führen zu können. Das wird diesmal nicht möglich sein. Und die Sorge darum, wie die körperliche Verfassung des Präsidenten bis November sich halten wird, ist groß.

Auf der anderen Seite ist die Konkurrenz oder auch die Auseinandersetzung mit Donald Trump eine ganz klare und man wird sehen, ob die Amerikanerinnen und Amerikaner sich da zu einer Entscheidung durchringen können, ob 233 Jahre Wahldemokratie verteidigungswert sind oder eher nicht.

Grunwald: Wenn Sie nur drei Worte hätten, was bleibt von dieser Rede hängen?

Werz: Besser als erwartet.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.